

Wer hier lebt, gehört dazu ... auch in der Erstaufnahmeeinrichtung

Vom Migrant_innenbeirat

LEA Watch berichtete bereits in der **InZeitung** 34 über die unwürdigen Zustände in der Landes-Erstaufnahmeeinrichtung (LEA): Die Missachtung der Menschenrechte der Bewohner_innen der LEA: keine Privatsphäre, Kameraüberwachung, ständige Kontrollen, kein Besuchsrecht, keine Möglichkeit zu arbeiten oder sich zu beschäftigen, usw., werden vielerorts kritisiert. Dies zu ändern liegt in der Kompetenz der Landesregierung. Der Migrant_innenbeirat der Stadt Freiburg (MMB) will sich dahingehend einsetzen, dass dies auch geschieht.

Auch auf kommunaler Ebene kann unabhängig von der notwendigen Anpassung der Landesgesetzgebung etwas zur Verbesserung der Lebenslage der Bewohner_innen der LEA getan werden. So würden wir es begrüßen, wenn bei einer Evaluation der Organisation und der Struktur der LEA die Menschen, die dort leben (müssen) ebenso Gehör finden, denn sie sind diejenigen, die es betrifft. Entsprechend sollte auch genügend Personal in den LEAs anwesend sein, um Probleme und Beschwerden zeitnah aufzunehmen und diesen nachzugehen.

Der Integrationsgedanke, der im Leitbild für Migration und Integration der Stadt Freiburg fest verankert ist, sollte unserer Meinung nach ebenso für die Bewohner_innen der LEA gelten. Gerade weil die meisten ein Jahr oder gar länger dort leben, bis ihr Bleiberecht geklärt ist, sollten sie soweit integriert werden, dass es Ihnen und auch der Freiburger Gesellschaft insgesamt gut geht.

Es entsteht jedoch der Eindruck, dass die LEA eine Art Stadt in der Stadt ist, in welcher innerhalb geschlossener Strukturen der Alltag geregelt wird, inkl. Polizei, Kindergärten usw. Der MMB

versteht diese Trennung nicht, er hält sie sogar für wenig förderlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Stadt insgesamt.

So sollten Formen der Integration und der sinnvollen Beschäftigungen der älteren Jugendlichen und Erwachsenen ermöglicht werden. Wer keiner regelmäßigen Beschäftigung nachgehen kann, ist gefährdet und muss die Zeit irgendwie »tot schlagen«. Die Gefahr einer Depression bzw. einer Sucht ist gegeben, zumal diese Menschen z. T. schwere Traumata erlitten haben.

Kleinkinder, die in der LEA leben, besuchen den dortigen Kindergarten ohne Kontakt zu anderen Gleichaltrigen. Der Integrationsgedanke gebietet eigentlich eine gemeinsame Erziehung und Betreuung der Kinder. Könnten die *LEA-Kinder* nicht gemeinsam mit anderen Freiburger Kindern Regelkindergärten besuchen?

In der LEA arbeiten Fachleute aus der Sozialarbeit und -pädagogik. Auch gibt es Unterstützung durch Psychotherapeuten, Allgemeinmediziner, Frauen- sowie Kinderärzten. Der MMB würde es sehr begrüßen, wenn Psychiater_innen ebenso in der LEA eingesetzt werden würden. Eine ergänzende psychiatrische Therapie ist notwendig, um Traumata und Suchtgefährdung zu behandeln. Diese käme in erster Linie den betroffenen Menschen zu Gute, indirekt würde es sich aber auch positiv auf das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken.

Das Leitbild für Migration und Integration besagt: *Wer hier lebt, gehört dazu*. Ist es nicht an der Zeit, diesen Gedanken auch in der LEA umzusetzen?

Freiburg als Sicherer Hafen könnte mehr tun

Vom Migrant_innenbeirat

Wir, die in Deutschland leben haben Glück: keine Dürre, kein Hunger, kein Krieg... Dieses Glück können wir annehmen wie es ist. Einfach Glück. Dieses Glück können wir aber auch als Verantwortung deuten. Eine Verantwortung, die wir alle tragen, als Teil der Menschheitsfamilie. Auch unsere Politiker_innen haben dieses Glück und auch sie tragen diese Verantwortung, alles Erdenkliche zu tun, damit die Menschenrechte überall geachtet werden.

Im Juni dieses Jahres haben Bürgermeister_innen aus 32 europäischen Städten die *Internationale Allianz der Städte Sicherer Häfen* auf einer Konferenz in Palermo gegründet. Ergebnis dieser Konferenz ist auch die Unterzeichnung einer Erklärung mit fünf konkreten Forderungen an die nationalen Regierungen europäischer Staaten:

- 1. die Wahrung des Rechts auf Asyl in jedem europäischen Staat,**
- 2. Aufnahmekontingente für die freiwillige Aufnahme von Geflüchteten in den Kommunen,**
- 3. eine direkte Finanzierung der Aufnahme in den Städten durch die Europäische Union an die Kommunen,**
- 4. legale Einwanderungswege für eine pragmatische Einwanderungspolitik sowie**
- 5. eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Staaten der EU.**

33 Bürgermeister_innen aus 7 Ländern der EU haben unterzeichnet, davon 21 aus Deutschland, darunter Heidelberg, Mannheim und Rottenburg. (► <https://staedtesicherer-haefen.de/#sichere-haefen-in-europa>)

Diese 33 Bürgermeister_innen wollen Flagge zeigen, sie wollen nicht warten, bis die EU sich endlich einigt. Zu lange schon wird eine Entscheidung von wenigen blockiert. Sie wollen etwas bewirken, sie wollen einen Signal setzen, denn Menschenrechte sind unverhandelbar.

Der Migrant_innenbeirat der Stadt Freiburg (MMB) hat in dieser Auflistung Freiburg vermisst. Deswegen hat er OB Martin Horn offiziell gefragt, ob er die Erklärung der *Internationalen Allianz der Städte Sicherer Häfen* unterzeichnen könnte. Freiburg ist zwar bereits 2019 dem deutschen Bündnis *Städte Sicherer Häfen* beigetreten. Dieses Bündnis konzentriert sich jedoch nur auf die Seenotrettung. Dieses begrüßt der MMB freilich. Freiburg kann aber mehr tun, in dem sie der *Internationalen Allianz* beitrifft, denn ihre Forderungen gehen weiter: Sie beschränken sich nicht auf die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot. Sie fordert allgemein die Wahrung des Rechts auf Asyl in jedem europäischen Staat, sie will dessen Finanzierung geregelt haben, sie will eine pragmatische Einwanderungspolitik in der EU.

OB Horn teilt die Ziele der Erklärung und sieht hierin die Chance, ein weiteres Zeichen für sichere Fluchtwege zu setzen. Das ist gut. Er könne allerdings aus rechtlichen Gründen die Erklärung nicht unterzeichnen: »Diese liegt thematisch außerhalb der Befassungskompetenz der Stadt Freiburg, da sich die Forderungen auf Themen in der Kompetenz des Bundes bzw. der EU beziehen.«

Der MMB bedauert diese formellen Gegebenheiten. Die Erklärung der Allianz hat freilich nicht die bindende Qualität einer kompetenzgestützte Beschlussvorlage. Sie hat aber eine Signalwirkung, die umso stärker ist, je mehr Bürgermeister_innen sie unterschreiben.

Aus unserer Sicht muss sich die Einwanderungspolitik von EU und Bund ändern. Deswegen appellieren wir an jede_n, sich für eine menschenwürdige Einwanderungspolitik einzusetzen. Menschen auf der Flucht sind Menschen in Not oder gar in Lebensgefahr. Es ist eine Pflicht und entspricht der universellen Menschenrechtskonvention diesen zu helfen. Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

